

# Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 24./25.2.

(Stand: 25.2. 14:30 Uhr)

## 1. EU-Sanktionsbeschlüsse – vorläufiger Stand

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich am Donnerstagabend auf eine Reihe neuer Sanktionen gegen Russland geeinigt. Diese Sanktionen betreffen den Finanzsektor, Energie und Verkehr, darüber hinaus Exportbeschränkungen, die Exportfinanzierung und die Visapolitik. Die Finanzsanktionen sollen sieben Prozent des russischen Bankensektors und staatliche Unternehmen, insbesondere der Rüstungsindustrie, von europäischem Kapital abschneiden. Die detaillierten Sanktionen werden aktuell weiter ausgearbeitet und sollen auf einer Pressekonferenz in Brüssel am späten Freitagnachmittag (25.2.) bekanntgegeben werden.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich für mittelschwere Sanktionen entschieden, die Russland eher mittelfristig Kosten auferlegen:

**1. Finanzsanktionen**, die auf 70 Prozent des russischen Bankensektors abzielen (wobei die wichtigsten Energiegeschäfte ausgenommen sind).

### 2. Ausfuhrbeschränkungen.

Das Land bekommt keine Flugzeuge und Flugzeugteile mehr; es kann seine Maschinen auch nicht mehr in Europa warten oder reparieren lassen. Dreiviertel der Flugzeugflotte stammen aus Europa, den USA und Kanada, mit denen diese Sperre abgestimmt ist.

Im Energiesektor darf Ausrüstung für Raffinerien nicht mehr an Russland geliefert werden – diese Technologie stammt fast ausschließlich aus Europa. Dadurch soll es dem Land unmöglich werden, Anlagen zu reparieren und zu modernisieren.

Es gibt zudem mit den USA abgestimmte Exportbeschränkungen für Halbleiter und Hightech-Güter. Die USA wollen so die russischen High-Tech-Importe etwa halbieren.

Bei Dual-Use-Gütern ist anzunehmen, dass Ausfuhrgenehmigung in Zukunft deutlich restriktiver gehandhabt werden.

### 3. Sanktionierung weiterer Personen.

Neue Visabeschränkungen beziehen sich auf Inhaber von Diplomatenpässen und Geschäftsleute; sie werden vom erleichterten Visazugang ausgeschlossen. Außerdem soll ein neuer Sanktionsrahmen für Oligarchen aus dem Umfeld von Präsident Putin geschaffen werden. Noch sind keine Namen bekannt, es dürfte sich aber um Personen/Institutionen handeln, die bereits auf der aktuellen US-Sanktionsliste auftauchen (siehe Punkt 3)

Keine Beschlüsse gab es bislang dazu:

- Öl- und Gasimporte werden nicht eingeschränkt
- SWIFT wurde angeblich auf Drängen Frankreichs, Italiens und Deutschlands vom Tisch genommen
- Putin wird nicht persönlich sanktioniert.

Die Staats- und Regierungschefs von Polen, Litauen und Slowenien warben dafür, der Ukraine eine klare Perspektive auf den Beitritt zur Europäischen Union zu geben.

Bewertung:

Die Sanktionen zielen insgesamt eher auf mittelfristige Wirkungen ab. Damit sind allerdings auch die Auswirkungen in Russland zunächst eher gering. Anders sehe dies beispielsweise bei einer deutlichen Ausweitung von Ausfuhrbeschränkungen oder bei einer Abkopplung Russlands vom SWIFT-System aus. Auch wenn die Finanzsanktionen eine gewisse Wirkung entfalten dürften, ist Moskaus wichtigste Einnahmequelle - die Energieexporte - ausgenommen, so dass die Banken weiterhin Gas- und Ölverkäufe finanzieren können. Es ist daher damit zu rechnen, dass es weitere Sanktionsrunden geben wird, dies hatte die EU am Freitagnachmittag auch bereits angedeutet.

## 2. Deutschland

Stopp von Hermes-Bürgschaften

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat die Bundesregierung Garantien für Exporte deutscher Firmen nach Russland und für Investitionen in dem Land gestoppt. „Die Bewilligung von Hermes-Bürgschaften und Investitions Garantien für Russland ist bis auf Weiteres ausgesetzt“, teilte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums mit. Dies sei nicht Teil der EU-Sanktionen gegen Russland, sondern sei von Deutschland nach Abstimmung zwischen den Ministerien beschlossen worden.

[Hermes-Bürgschaften: Bund stoppt Garantien für Russland-Exporte | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

Im Rahmen der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland will die Bundesregierung in erheblichem Umfang auch gegen russische Investoren vorgehen. Nach Angaben offizieller deutscher Stellen halten russische Staatsbürger in Deutschland Vermögenswerte im Umfang

von rund 25 Milliarden Euro, die eingefroren werden könnten. Darunter fallen nach Informationen des SPIEGEL Firmenbeteiligungen, Wertpapiere und Bankguthaben. Details dazu sind aber offen.

[Russland-Sanktionen: Bundesregierung könnte Vermögen von 25 Milliarden Euro einfrieren - DER SPIEGEL](#)

### 3. US-Sanktionen

Am morgen des 24. Februar kündigte US-Präsident eine weitere Sanktionsrunde gegen Russland an, die mit der EU abgestimmt sei:

Es gibt russlandweite **Beschränkungen für Halbleiter, Telekommunikation, Verschlüsselungssicherheit, Laser, Sensoren, Navigation, Avionik und maritime Technologien**. Die Beschränkungen gelten auch für im Ausland unter Nutzung von US-Zulieferteilen produzierte Güter. Länder (inklusive die EU), die allerdings ähnliche Ausfuhrbeschränkungen erlassen, sind von den neuen US-Lizenzanforderungen für in ihren Ländern hergestellte Güter befreit.

Im **Finanzbereich** wird unter anderem die größte russische **Bank Sberbank** ins Visier genommen. Vor allem geht es um die Einschränkung russischer Devisentransaktionen (Euro, Dollar und Yen). Betroffene sind weitere Banken wie die **VTB, Sowkombank, Gasprombank, NowikomBank, Bank Otkrytie, Alfabank, Moskauer Kreditbank**, und dazu auch die russische Flugzeug- und Weltraumindustrie (**Aeroflot** und **Roskosmos**).

Es gibt zudem **neue Verschuldungs- und Kapitalbeschränkungen** für dreizehn der kritischsten russischen Großunternehmen und Einrichtungen, die sich auf dem US-Markt kein Kapital mehr besorgen können: **Sberbank, AlfaBank, Credit Bank of Moscow, Gazprombank, Russian Agricultural Bank, Gazprom, Gazprom Neft, Transneft, Rostelecom, RusHydro, Alrosa, Sovcomflot und Russian Railways**.

Die Ausfuhr fast aller US-Güter und von im Ausland hergestellten Gütern, die bestimmte **Software, Technologie oder Ausrüstung** aus den USA verwenden, wird für den russischen Militärssektor verboten.

**Hier dazu das Factsheet der Ankündigung des US-Präsidenten in deutscher Arbeitsübersetzung:**

Heute haben die Vereinigten Staaten die folgenden Maßnahmen ergriffen:

- Unterbrechung der Verbindung zum US-Finanzsystem für Russlands größtes Finanzinstitut, die **Sberbank, einschließlich 25 Tochtergesellschaften**, durch die Verhängung von Sanktionen gegen Korrespondenz- und Zahlungsverkehrskonten. Diese Maßnahme wird den Zugang der Sberbank zu Transaktionen in Dollar einschränken. Die Sberbank ist die größte Bank Russlands, hält fast ein Drittel der

Aktiva des gesamten russischen Bankensektors, ist eng mit dem globalen Finanzsystem verbunden und ist für das russische Finanzsystem systemrelevant.

- Vollständige Blockierung von Sanktionen gegen Russlands zweitgrößtes Finanzinstitut, die **VTB Bank (VTB)**, einschließlich 20 Tochtergesellschaften. Mit dieser Maßnahme werden sämtliche Vermögenswerte der VTB, die mit dem US-Finanzsystem in Berührung kommen, eingefroren und US-Personen der Umgang mit ihnen untersagt. Die VTB hält fast ein Fünftel der Vermögenswerte des gesamten russischen Bankensektors, ist in hohem Maße dem US-amerikanischen und westlichen Finanzsystem ausgesetzt und für das russische Finanzsystem systemrelevant.
- Vollständige Blockierung drei weiterer großen russischen Finanzinstitute: **Bank Otkritie, Sovcombank OJSC und Novikombank - sowie 34 Tochtergesellschaften**. Mit diesen Sanktionen werden sämtliche Vermögenswerte dieser Institute, die mit dem US-Finanzsystem in Berührung kommen, eingefroren und US-Personen der Geschäftsverkehr mit diesen Instituten untersagt. Diese Finanzinstitute spielen eine wichtige Rolle in der russischen Wirtschaft.
- **Neue Verschuldungs- und Kapitalbeschränkungen für dreizehn der kritischsten russischen Großunternehmen und Einrichtungen**. Dazu gehören Beschränkungen für alle Transaktionen mit neuen Schuldtiteln mit einer Laufzeit von mehr als 14 Tagen und neuen Aktien, die von dreizehn russischen Staatsunternehmen und -einrichtungen ausgegeben werden, sowie für die Bereitstellung von Finanzmitteln für diese Unternehmen und für andere Geschäfte mit ihnen: **Sberbank, AlfaBank, Credit Bank of Moscow, Gazprombank, Russian Agricultural Bank, Gazprom, Gazprom Neft, Transneft, Rostelecom, RusHydro, Alrosa, Sovcomflot und Russian Railways**. Diese Unternehmen, darunter für die russische Wirtschaft wichtige Firmen mit einem geschätzten Vermögen von fast 1,4 Billionen Dollar, werden nicht in der Lage sein, sich auf dem US-Markt Geld zu beschaffen - eine wichtige Quelle für Kapital und Einnahmen, was die Möglichkeiten des Kremls einschränkt, Geld für seine Aktivitäten zu beschaffen.
- Zusätzlich werden Sanktionen gegen die russischen Eliten und ihre Familienmitglieder eingeführt: **Sergej Iwanow (und sein Sohn Sergej), Nikolai Patruschew (und sein Sohn Andrej), Igor Setschin (und sein Sohn Iwan), Andrej Putschkow, Jurij Solwjew (und zwei Immobiliengesellschaften, die ihm gehören), Galina Uljutina und Alexander Wedyachin**. Diese Aktion umfasst Personen, die sich auf Kosten des russischen Staates bereichert haben und deren Familienmitglieder in einige der höchsten Machtpositionen des Landes aufgestiegen sind. Es geht auch um Personen aus dem Finanzbereich, die an der Spitze der größten russischen Finanzinstitute stehen und für die Bereitstellung der Mittel verantwortlich sind, die zur Unterstützung von Putins Einmarsch in der Ukraine erforderlich waren. Diese Maßnahme schließt sich an die gestrige Aktion gegen die russische Elite und ihre Familienmitglieder an und schneidet sie vom US-Finanzsystem ab, friert ihre Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten ein und blockiert ihre Reisen in die Vereinigten Staaten.

- **Kosten für Weißrussland** wegen der Unterstützung einer weiteren Invasion der Ukraine durch die Sanktionierung von **24 weißrussischen Einzelpersonen und Einrichtungen**, einschließlich der Sanktionierung der militärischen und finanziellen Fähigkeiten von Weißrussland durch die Sanktionierung von zwei bedeutenden weißrussischen Staatsbanken, neun Rüstungsunternehmen und sieben mit dem Regime verbundenen Beamten und Eliten. Wir fordern Belarus auf, seine Unterstützung für die russische Aggression in der Ukraine einzustellen.
- Umfassende **Beschränkungen für das russische Militär**, um Putins militärischen und strategischen Ambitionen einen Schlag zu versetzen. Dazu gehören Maßnahmen gegen militärische Endverbraucher, einschließlich des russischen Verteidigungsministeriums. **Die Ausfuhr fast aller US-Güter und von im Ausland hergestellten Gütern, die bestimmte Software, Technologie oder Ausrüstung aus den USA verwenden**, wird für bestimmte militärische Endnutzer beschränkt. Diese umfassenden Beschränkungen gelten für das **russische Verteidigungsministerium**, einschließlich der russischen Streitkräfte, unabhängig vom Standort.
- **Russlandweite Beschränkungen, um die Einfuhr von Technologiegütern** zu unterbinden, die für eine diversifizierte Wirtschaft und Putins Fähigkeit zur Machtausübung entscheidend sind. Dazu gehört **ein russlandweites Verbot der Ausfuhr sensibler Technologie, das in erster Linie auf den russischen Verteidigungs-, Luftfahrt- und Schifffahrtssektor abzielt**, um Russland den Zugang zu Spitzentechnologie zu versperren. Zusätzlich zu den weitreichenden Beschränkungen für den russischen Verteidigungssektor wird die Regierung der Vereinigten Staaten Russland **weitreichende Beschränkungen für sensible US-Technologien** auferlegen, die **im Ausland unter Verwendung von Software, Technologie oder Ausrüstung US-amerikanischer Herkunft hergestellt werden**. Dazu gehören **russlandweite Beschränkungen für Halbleiter, Telekommunikation, Verschlüsselungssicherheit, Laser, Sensoren, Navigation, Avionik und maritime Technologien**. Diese strengen und anhaltenden Kontrollen werden Russland den Zugang zu Spitzentechnologie verwehren.
- Historische multilaterale Zusammenarbeit, die als Kraftmultiplikator bei der **Beschränkung von Schlüsselinputs für Russland im Wert von mehr als 50 Mrd. USD** dient - mit weitaus größeren Auswirkungen auf die russische Produktion. Als Ergebnis dieser multilateralen Koordination werden wir anderen Ländern, die ebenso strenge Maßnahmen ergreifen, eine Ausnahme gewähren. Länder, die im Wesentlichen ähnliche Ausfuhrbeschränkungen erlassen, sind von den neuen US-Lizenzanforderungen für in ihren Ländern hergestellte Güter befreit. Die Europäische Union, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und das Vereinigte Königreich haben bereits ihre Pläne für parallele Maßnahmen bekannt gegeben. Durch diese beispiellose Koordinierung wird der Anwendungsbereich der Beschränkungen für Russland erheblich ausgeweitet. Die Zusammenarbeit mit den Verbündeten und Partnern wird fortgesetzt, um die Auswirkungen auf Russlands militärische Fähigkeiten zu maximieren.

[FACT SHEET: Joined by Allies and Partners, the United States Imposes Devastating Costs on Russia | The White House](#)

Hier die zugehörige Erklärung des US-Finanzministeriums:

[U.S. Treasury Announces Unprecedented & Expansive Sanctions Against Russia, Imposing Swift and Severe Economic Costs | U.S. Department of the Treasury](#)

Und hier eine Erklärung des US-Wirtschaftsministeriums:

[file \(doc.gov\)](#)

#### **4. Russland-Gegensanktionen**

Moskau werde mit »symmetrischen und asymmetrischen« Gegenmaßnahmen reagieren, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag.

[Russland kündigt Vergeltung für westliche Sanktionen an - DER SPIEGEL](#)

-----  
**Anhang:**

### **Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 24. Februar 2022**

#### **Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur grundlosen und ungerechtfertigten militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine**

1. Der Europäische Rat verurteilt die grundlose und ungerechtfertigte militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine aufs Schärfste. Mit seinen rechtswidrigen militärischen Handlungen verstößt Russland massiv gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und gefährdet die Sicherheit und Stabilität Europas und der Welt. Der Europäische Rat unterstreicht, dass dazu auch das Recht der Ukraine gehört, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression sowie für die dadurch verursachte Zerstörung und den Verlust von Menschenleben. Russland wird für sein Handeln zur Rechenschaft gezogen werden.
2. Der Europäische Rat fordert, dass Russland seine militärischen Handlungen unverzüglich einstellt, alle Streitkräfte und Militärausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen

uneingeschränkt achtet. Der Europäische Rat ruft Russland und die von Russland unterstützten bewaffneten Verbände auf, das humanitäre Völkerrecht zu achten und ihre Desinformationskampagne und Cyberangriffe einzustellen.

3. Der Europäische Rat bedauert den tragischen Verlust von Menschenleben und das menschliche Leid, die durch die russische Aggression verursacht werden. Er bekundet seine Solidarität mit den Frauen, Männern und Kindern, deren Leben von diesem grundlosen und ungerechtfertigten Angriff betroffen ist. Er fordert Russland und die von Russland unterstützten bewaffneten Verbände auf, allen, die darauf angewiesen sind, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe und Unterstützung zu gewähren.
4. Der Europäische Rat verurteilt auch aufs Schärfste die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine und fordert das Land auf, von solchen Handlungen Abstand zu nehmen und seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen.
5. Die EU hat mit der Annahme restriktiver Maßnahmen rasch und entschlossen auf Russlands Anerkennung der selbst proklamierten separatistischen Gebiete in der Ukraine und den Einsatz seiner Streitkräfte reagiert. Die Europäische Rat vereinbart heute weitere restriktive Maßnahmen, die eng mit unseren Partnern und Verbündeten abgestimmt sind und für Russland massive und schwerwiegende Konsequenzen für seine Handlungen nach sich ziehen werden. Diese Sanktionen betreffen den Finanzsektor, den Energie- und den Verkehrssektor, Güter mit doppeltem Verwendungszweck sowie Ausfuhrkontrollen und die Ausfuhrfinanzierung, die Visumpolitik, die Aufnahme zusätzlicher russischer Personen in die Sanktionslisten und neue Kriterien für die Aufnahme in diese Listen. Der Rat wird die von der Kommission und dem Hohen Vertreter ausgearbeiteten Vorschläge unverzüglich annehmen.
6. Der Europäische Rat ruft dazu auf, dringend ein weiteres Paket von gegen Einzelpersonen gerichteten und wirtschaftlichen Sanktionen auszuarbeiten, das sich auch auf Belarus erstrecken wird.
7. Der Europäische Rat bekräftigt seine rückhaltlose Unterstützung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Er fordert alle Länder auf, die beiden selbst proklamierten separatistischen Gebiete nicht anzuerkennen und sie weder zu ermächtigen noch in irgendeiner Weise zu unterstützen.
8. Die EU ist geeint in ihrer Solidarität mit der Ukraine und wird die Ukraine und ihre Bevölkerung weiterhin gemeinsam mit ihren internationalen Partnern unterstützen, unter anderem durch zusätzliche politische, finanzielle, humanitäre und logistische Unterstützung und eine internationale Geberkonferenz. Im Anschluss an den Beschluss der Staats-

und Regierungschefs der EU vom Dezember 2016 erkennt der Europäische Rat die europäischen Bestrebungen der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa an, wie sie im Assoziierungsabkommen zum Ausdruck kommen.

9. Der Europäische Rat ist der festen Überzeugung, dass die Anwendung von Gewalt und Zwangsmitteln zur Durchsetzung von Grenzveränderungen im 21. Jahrhundert jeglicher Grundlage entbehrt. Spannungen und Konflikte sollten ausschließlich durch Dialog und Diplomatie gelöst werden. Die EU wird weiterhin eng mit ihren Nachbarn zusammenarbeiten und bekräftigt ihre rückhaltlose Unterstützung und ihr Engagement für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Georgiens und der Republik Moldau. Sie wird die enge Abstimmung mit Partnern und Verbündeten im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, der NATO und der G7 fortsetzen.
10. Der Europäische Rat ruft dazu auf, die Arbeiten, die dazu dienen, vorbereitet und gerüstet zu sein, auf allen Ebenen voranzubringen, und ersucht die Kommission, insbesondere Notfallmaßnahmen, einschließlich für den Energiebereich, vorzuschlagen.
11. Der Europäische Rat wird mit der Angelegenheit befasst bleiben.

[st00018-de22.pdf \(europa.eu\)](#)

---

## **Aktuelle Sanktionsentwicklungen/Kriegsfolgen aus Unternehmensperspektive (Pressezusammenfassung)**

dpa:

Supermarktketten im Baltikum listen russische Produkte aus

Im Baltikum werden zwei der größten Einzelhändler nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ihr Sortiment ändern. Die beiden in Estland, Lettland und Litauen tätigen Supermarktketten Rimi und Maxima teilten mit, den Handel mit in Russland hergestellten Waren auszusetzen. Die Produkte sollen demnach für unbestimmte Zeit aus den Regalen genommen und nicht mehr von Lieferanten bezogen werden.

Der in Litauen und Lettland aktive deutsche Discounter Lidl teilte der Deutschen Presse-Agentur in Riga auf Anfrage mit, keine Produkte aus Russland zu importieren. Gleiches gelte dem Unternehmenssprecher zufolge für Produkte aus Belarus, die von anderen Supermarktketten im Baltikum teils ebenfalls ausgelistet werden.



Tagesschau:

[Sorge um Mitarbeiter: Wie deutsche Firmen nun reagieren | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

Der **Hamburger Hafen- und Logistikkonzern (HHLA)** hat den Betrieb seines Containerterminals in Odessa im Südwesten der Ukraine eingestellt. Seit 2001 betreibt der deutsche Konzern am Schwarzen Meer ein Containerterminal mit 480 Mitarbeitern. Er zählt damit zu den größten ausländischen Investoren in der Ukraine. Das Unternehmen habe einen Krisenstab gebildet, der sei in Kontakt mit den lokalen Behörden und der Bundesregierung. Zwei Schiffe lägen noch dort, die bereits abgefertigt seien. Es sei unklar, ob sie den Hafen verlassen könnten. Die Mitarbeiter seien aber alle in Sicherheit, hieß es.

Direkt in Russland engagiert ist beispielsweise die **Deutsche Bank**, die allerdings schon seit der Annexion der Krim 2015 ihr Geschäft in Russland deutlich reduziert hat. In einer ersten Reaktion verwies das Geldhaus auf seine Notfallpläne: Man sei zutiefst besorgt angesichts des Angriffs auf ein souveränes europäisches Land und darüber, dass die Grenzen in Europa in Frage gestellt werden, erklärte ein Bank-Sprecher am Morgen gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.

Ähnlich reagiert auch die **Deutsche Telekom**: Man treffe Maßnahmen für die rund 2000 Mitarbeiter am Softwareentwicklungsstandort in St. Petersburg und erwäge einen Abzug des Personals. "Wir müssen uns überlegen, wie wir mit den Menschen in der Region umgehen", sagte Firmenchef Tim Höttinges. Dazu gehöre auch die Frage, ob die Telekom Visa anbiete. Damit könnte die Arbeit teilweise verlagert werden, sagte Konzernchef und fügte hinzu, dass man individuell vorgehen wolle. Die Mitarbeiter in Russland arbeiten unter anderem für die **IT-Tochter T-Systems** und sind für die Planung und Dokumentation des Glasfaserausbaus zuständig.

Die **Telekom** entschied am Freitag Anrufe und SMS innerhalb der Ukraine für die Nutzer kostenfrei anzubieten.

Betroffen vom Krieg in der Ukraine ist auch die deutsche Autoindustrie. Zulieferer und Autobauer haben nach Angaben des Verbands der **Automobilindustrie** in Russland und der Ukraine 49 Fertigungsstandorte: "Die Folgen für die Unternehmen und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind derzeit noch nicht konkret absehbar", sagte Verbandspräsidentin Hildegard Müller: "Ein Abbruch der Lieferketten hätte ebenfalls negative Auswirkungen." Im vergangenen Jahr exportierten die deutschen Hersteller knapp 40.000 Fahrzeuge nach Russland und in die Ukraine. Das sind weniger als zwei Prozent aller aus Deutschland ausgeführten Autos.

Einer der Betroffenen ist der deutsche Autobauer **Volkswagen**, der die Entwicklungen besorgt beobachtet: "Volkswagen hofft auf eine schnelle Einstellung der Kampfhandlungen und eine Rückkehr zur Diplomatie", so ein Sprecher des Konzerns auf Anfrage von tagesschau.de. Die ökonomischen Auswirkungen auf die Tätigkeiten des Konzerns würden laufend durch einen Krisenstab ermittelt: "Bei allen Aktivitäten vor Ort steht die Sicherheit und Unversehrtheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an erster Stelle."

Ähnlich äußert sich auch der deutsche Autozulieferer **Bosch** auf Anfrage von tagesschau.de: "Wir verfolgen die jüngsten Entwicklungen in der Region und ihre möglichen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen mit großer Sorge. Gleichzeitig treffen wir alle erforderlichen Vorkehrungen für den Schutz unserer Mitarbeiter." Deutsche Mitarbeiter seien derzeit nicht vor Ort, Dienstreisen habe man schon länger stark eingeschränkt. Der Konzern konnte in Russland im vergangenen Jahr rund 1,2 Milliarden Euro Umsatz machen und beschäftigt dort etwa 3.400 Mitarbeiter. Auch in der Ukraine gibt es einen Fertigungsstandort, in Krakovets im Westen des Landes.

Die **Commerzbank** teilte mit, das Institut habe nur wenig Geschäft mit Russland. Man beobachte die weiteren Entwicklungen genau und passe die Risikoeinschätzung kontinuierlich an: "Wir sind für verschiedene Szenarien vorbereitet." Auch für verschärfte Sanktionen habe man Vorkehrungen getroffen. Innerhalb der Ukraine sind laut AHK rund 2000 Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung vom russischen Einmarsch betroffen. Deutsche Direktinvestitionen in der Ukraine betrugen 2019 nach Angaben der Deutschen Bundesbank 3,6 Milliarden Euro.

Bereits seit einigen Tagen hatten **Fluglinien** nach und nach ihre Verbindungen in die Ukraine eingestellt. Als Reaktion auf Russlands Invasion strich Deutschlands größte Fluggesellschaft Lufthansa ihr letztes Flugziel im Land. Im Laufe des Tages werde man die Gesamtsituation bewerten und das Vorgehen für die weiteren Tage besprechen. Lufthansa-Crews halten sich nicht in der Ukraine auf.

Auch der deutsche Logistikdienstleister **DB Schenker** hat seinen Betrieb in der Ukraine gestoppt und seine Mitarbeiter in der Ukraine gebeten, zuhause zu bleiben. "Alle Verbindungen von und nach der Ukraine sind vorerst eingestellt. Bisher laufen alle anderen Sendungen wie gewohnt. Wir arbeiten an Notfallplänen für verschiedene Szenarien und informieren Sie über größere Änderungen", teilte der Konzern mit.

Der **Verband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA)** verurteilte den russischen Angriff auf die Ukraine. „Der VDMA und seine Mitglieder sind fassungslos, dass Russland in Europa einen Krieg begonnen hat", sagte VDMA-Präsident Karl Häusgen. Der **VDMA** unterstütze die Entscheidung, die Aggression hart zu sanktionieren. Diese Sanktionen würden auch Auswirkungen auf den Maschinen- und Anlagenbau haben, deren Umfang laut Häusgen aktuell nicht abgeschätzt werden könne.

Deutsche Welle:

[Schock für deutsche Unternehmen | Wirtschaft | DW | 24.02.2022](#)

Der stark in Russland und der Ukraine engagierte Großhändler **Metro** gab seiner großen Sorge Ausdruck: "Unsere Verantwortung als Unternehmen in Russland liegt vor allem bei unseren rund 10.000 Mitarbeitern und 2,5 Millionen Kunden", betonte ein Metro-Sprecher am Dienstag. Bei den Kunden handele es sich um selbstständige Unternehmer vor allem aus Gastronomie und Handel, "die Treiber des russischen Mittelstands und für eine kulturell vielfältige Gesellschaft wichtig sind". Metro hatte im vergangenen Geschäftsjahr 2020/21 in Russland mit 93 Märkten einen Umsatz von rund 2,4 Milliarden Euro eingefahren. Der

Konzern beschafft dort seine Lebensmittel vor allem aus heimischer Produktion. In der Ukraine betreibt Metro 26 Märkte und kam dort zuletzt auf rund 800 Millionen Euro Umsatz. Nach dem Einmarsch der Russen wurden 16 Großmärkte vorsorglich geschlossen. Metro hat 10.000 Mitarbeiter und 93 Filialen in Russland, 3.400 Beschäftigte in 26 Märkten in der Ukraine.

Der Baustoffhersteller **Knauf** reagiert mit der Schließung seines Werks im Donbass auf die russische Invasion in die Ukraine. Man habe sich am Donnerstagmorgen "rein vorsorglich" dazu entschlossen, die dortige Gipsplattenfabrik "bis auf Weiteres zu schließen" und "die Mitarbeiter nach Hause geschickt", hieß es am Donnerstag vom Unternehmen. Allen Mitarbeitern und ihren Familien gehe es gut. Stand Ende 2021 hatte das Werk laut Knauf 589 Mitarbeiter, unter denen sich keine deutschen Staatsangehörigen befanden. Die Unternehmensgruppe Knauf mit Sitz im unterfränkischen Iphofen stellt mit rund 40 000 Mitarbeitern Baustoffe und Bausysteme her. Vergangenes Jahr erwirtschaftete sie einen Jahresumsatz von 12,5 Milliarden Euro.

Auch Unternehmen aus der Finanzbranche äußerten sich. Die **Allianz** hält derzeit nur einen sehr geringen Anteil russischer Staatsanleihen. Schon vor Wochen sei das Geschäft mit russischen Papieren eingefroren worden, teilte der Versicherer am Donnerstag mit. Grundsätzlich stellten die Anlagekriterien sicher, dass die Staaten, in denen Konflikte drohten, untergewichtet würden. Das Unternehmen sei auf Sanktionen vorbereitet. "Die Situation und ihre Auswirkungen ändern sich rapide, und wir beobachten das genau", hieß es in einer Mitteilung.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat die **Deutsche Bank** in einer ersten Reaktion auf eigene Notfallpläne verwiesen. Das Geldhaus sei zutiefst besorgt angesichts des Angriffs auf ein souveränes europäisches Land und darüber, dass die Grenzen in Europa in Frage gestellt werden, erklärte ein Bank-Sprecher am Donnerstag auf Anfrage von Reuters. Selbstverständlich halte sich das Institut an politische Entscheidungen und Sanktionen. „Wir haben uns auf verschiedene Szenarien vorbereitet und Notfallpläne erstellt“, sagte der Sprecher. Die Deutsche Bank betreibt in Russland ein Technologiezentrum und kommt daher auf eine vergleichsweise hohe Zahl von etwa 1500 Mitarbeitern in dem Land. Dazu kommen knapp 40 in der Ukraine.

Wegen des russischen Angriffs hat sich auch **Mercedes-Benz**-Vorstandschef Ola Källenius besorgt gezeigt. "Ich hoffe, der Konflikt lässt sich deeskalieren, um diese Situation zu entschärfen", sagte der Manager am Donnerstag in Stuttgart bei der Bilanzpressekonferenz. "Es ist eine Situation, die wir sehr genau betrachten werden." Källenius sagte, er denke zunächst an die Menschen. "Die Menschen kommen zuerst, dann alles Geschäftliche." Einer Unternehmenssprecherin zufolge hat der Autobauer keine Mitarbeiter in der Ukraine, allerdings ein Werk in der Nähe von Moskau mit rund 1000 Beschäftigten.

-----  
**IWF**-Chefin Kristalina Georgieva befürchtet nach eigenen Worten erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Sie sei "zutiefst besorgt", erklärte die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) und warnte vor einem "erheblichen wirtschaftlichen Risiko für die Region und die Welt".

In **Lettland** hat die Rundfunk-Regulierungsbehörde mit sofortiger Wirkung drei russischsprachigen Fernsehsendern die Sendelizenz entzogen. Betroffen seien die „Propagandasender“ Rossija RTR, Rossija 24 und TC Centr International. Die Sender hätten Propaganda der russischen Regierung verbreitet, teilte die Behörde mit. Knapp 30 Prozent der lettischen Gesamtbevölkerung sind Russen.

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

